

# Bern



## Berner Finanzaffäre

Auch 30 Jahre später ist im Rathaus nicht alles Gold, was glänzt. 21



## Plötzlich ist Papa auch noch Künstler

Eltern, die als Künstler, Schriftsteller oder Regisseure viel arbeiten, aber kaum etwas verdienen: Solche Fälle bescheren dem Jugendamt der Stadt Bern bei der Vergabe von Kita-Gutscheinen unerwartet viel Arbeit. Stadträte fordern, dass Missbrauch bestraft wird.

Janina Gehrig

Sie geben dem Jugendamt der Stadt Bern zu tun: Eltern, die sich nebenbei als Künstler, Theaterregisseure, freischaffende Journalisten oder Schriftsteller verwirklichen. Und sich für diese Arbeitspensum einen höheren Gutscheinebetrag für die externe Kinderbetreuung erhoffen. Seit Januar verteilt die Stadt Bern nämlich Betreuungsgutscheine, deren Höhe nicht mehr nur vom Einkommen, sondern auch vom Beschäftigungsgrad der Eltern abhängt. Subventionen gibt es für den Anteil des gemeinsamen elterlichen Arbeitspensums, der 100 Prozent übersteigt – sofern das Einkommen unter 155 260 Franken liegt.

«Wenn Eltern ein relativ kleines Einkommen, aber ein hohes Arbeitspensum angeben, werden wir hellhörig», sagt Alex Haller, Leiter des städtischen Jugendamtes. So könne es etwa vorkommen, dass freischaffende Journalisten, die pro Zeile bezahlt würden, trotz kleinem Einkommen ein relativ hohes Ar-

beitspensum ausgewiesen hätten. «Schwierig ist es auch bei Künstlern, die zwar Arbeitsstunden anhäufen, dann aber kaum eine Plastik oder ein Bild verkaufen», sagt Haller. Über 2000 Kita-Gutscheine sind in diesem Jahr bereits an rund 1800 Familien verteilt worden. Wie viele Gesuche davon näher überprüft worden sind, kann Haller nicht sagen. Er spricht aber von «mehreren Fällen», die genauer unter die Lupe genommen werden müssten. Zusätzlichem Aufwand gebe es auch, wenn Eltern für Schichtarbeit oder einen langen Arbeitsweg Zuschläge geltend machten. «Der Aufwand für die Abklärungen ist viel grösser als erwartet.»

### Missbrauch soll bestraft werden

FDP-Stadtrat Pascal Rub erstaunt es nicht, dass es Eltern gibt, die über diesen Weg versuchen, zu höheren Gutscheinebeträgen zu kommen. «Schon vor dem Wechsel zum neuen System gab es Leute, die angaben, mehr zu arbeiten, als sie es tatsächlich taten», sagt er. Es gehe aber keinesfalls

an, «dass die Freizeit der Eltern subventioniert wird». Daher fordert Rub: «Wer das System missbraucht, sollte mit einer Strafe rechnen müssen.» Grundsätzlich gehe er aber davon aus, dass die Leute ehrlich seien. Jetzt müsse es dem Jugendamt gelingen, die Fälle sorgfältig zu überprüfen. «Seit drei Jahren reden wir über das Einführen dieser Gutscheine. Das Jugendamt hätte Zeit gehabt, sich mit der Umstellung zu befassen. Es hat aber offenbar die Herausforderungen unterschätzt.»

GLP-Stadtrat Michael Köppli, der als Mitglied der Begleitgruppe den Kita-Systemwechsel mitverfolgt hat, hat von solchen «schwierigen Fällen» gehört. «Es geht hier aber wohl nicht um einen grossflächigen Missbrauch», stellt er klar. Auch sei klar, dass eine Umstellung nicht von heute auf morgen geschehen könne. Nun gehe es darum, so schnell wie möglich zu einer einheitlichen Praxis zu kommen. Köppli fordert ein einfacheres System, etwa ein Formular, das die Eltern online ausfüllen und nicht absenden können, bevor nicht alle Angaben vollständig sind

– ähnlich, wie dies bei der Steuererklärung geschieht.

Köppli sieht im Systemwechsel aber primär positive Seiten. «Es gibt mittlerweile kaum mehr Leute, die trotz Gutscheinen keinen Kita-Platz finden. Angebot und Nachfrage halten sich nun die Waage», sagt er. Weil den Eltern nur noch das anspruchsberechtigte Betreuungspensum vergünstigt wird, beanspruchen viele keine weiteren Kita-Tage darüber hinaus, wodurch mehr Kinder vom Angebot profitieren.

### Wartelisten sind vorbei

Das bestätigt Darina Hürlimann, Leiterin der Kindertagesstätte Matahari im Kirchenfeldquartier. «Erstmals sind die Zeiten von langen Wartelisten vorbei. Sehr viele Eltern haben innert kürzester Zeit einen Krippenplatz gefunden», sagt sie. Gleichzeitig hätten sie sich aber noch nicht daran gewöhnt und meldeten sich vorsorglich bei mehreren Kitas an. «Auf einen Platz, den ich besetzen kann, kommen nun bis zu 15 Abmeldungen.» Hürl-

mann beklagt auch die «un glaubliche Bürokratie», die das neue System mit sich bringe. Ähnlich tönt es bei Bé Cibien, Betriebsleiter der Tagesstätte Lorraine, zu der auch eine Kita gehört. Mit den vielen Formularen, die zwischen Eltern, Jugendamt und Kita hin- und hergeschickt würden, sei es komplizierter geworden.

Um Nachforschungen anzustellen, fordern Haller und seine Mitarbeiter etwa die Steuererklärungen der letzten drei Jahre an und überprüfen die Angaben. Im Einzelfall werden die Verdienste gegenüber der Ausgleichskasse studiert. «Wir haben auch schon bei Auftrags- oder Arbeitgeber nachgefragt, ob entsprechende Informationen überhaupt realistisch sind.» Trotz einiger nicht ganz nachvollziehbarer Gesuche glaubt auch Haller nicht, dass die Gutscheinevergabe systematisch missbraucht werde. Es sei letztlich kaum möglich, mit erfundenen Angaben Erfolg zu haben. Schon mehrmals seien den Eltern die Gutscheine verwehrt oder reduziert worden. Genaue Zahlen gibt Haller aber auch dazu nicht preis.

## Die Finanzierung der Ballsporthalle in Gümligen steht

Die Promotoren der Ballsporthalle in Gümligen erhalten mehr Geld vom Bund als erwartet. Im Gemeindeparlament zeichnet sich ein Ja zur Überbauungsordnung ab.

Adrian Schmid

Der Bund unterstützt den geplanten Bau der Ballsporthalle Moos in Gümligen mit 2,2 Millionen Franken, wie die Promotoren gestern bekannt gegeben haben. «Das ist mehr, als wir zu hoffen wagten», sagt Daniel Buser, Präsident der Stiftung Jugendförderung Berner Handball, die das Projekt seit knapp zwei Jahren vorantreibt. Ursprünglich hatten die Verantwortlichen mit 1,5 bis 2 Millionen Franken gerechnet. Der Bund hat seine Betei-

ligung nun aber erhöht, weil «drei grosse Landesverbände die Halle als nationales Leistungszentrum für Trainingslager von Nachwuchs- und Elite-Nationalmannschaften nutzen können», wie Matthias Remund, Direktor des Bundesamts für Sport, sagt. Denn nebst dem Schweizerischen Handballverband wollen dereinst auch der Volleyballverband und der Fussballverband mit der Sparte Futsal (Hallenfussball) die Anlage nutzen.

### Mehr Grossanlässe?

Dank der Zusicherung der Bundesgelder konnte bei der Kapitalbeschaffung ein «wesentlicher Durchbruch» erzielt werden, wie Buser sagt. «Die Finanzierung ist nun sehr solid.» Nebst dem Bund steuert der Kanton 800 000 Franken aus dem Sportfonds bei. Die Banken haben 7 Millionen zugesichert. Hinzu kommen 3 bis 4 Millionen an Spendengeldern.

Gemäss Buser sind die Gesamtkosten derzeit mit 13,7 Millionen Franken veranschlagt.

Sind nun aber mehr Grossanlässe geplant, wenn nebst den Handballern auch die Volleyballer und Fussballer im Boot sind? Buser verneint dies: «Es wird höchstens ein bis zwei Grossanlässe wie Länderspiele pro Jahr geben.» Diese müssten separat von der Gemeinde bewilligt werden. Damit bei solchen Anlässen genügend Parkplätze zur Verfügung stehen – die Halle hat eine Kapazität von 2000 Zuschauern –, hat die Stiftung Vereinbarungen mit umliegenden Firmen abgeschlossen, um deren Areale benutzen zu können. «Wir wollen aber nicht primär eine Eventhalle bauen», sagt Buser.

### Verhandlungen mit der Migros

Mit der Sicherstellung der Finanzierung sind aber noch nicht alle Hürden über-

sprungen. Am kommenden Dienstag behandelt das Muriger Gemeindeparlament die Überbauungsordnung sowie die Baureglements- und Zonenplanänderung. Bei einem Ja wird die Vorlage Ende September den Stimmberechtigten vorgelegt. Wie eine «Bund»-Umfrage bei den Parteien zeigt, dürfte das Parlament dem Geschäft grossmehrheitlich zustimmen. «Grundsätzlich handelt es sich um ein sinnvolles Projekt», sagt FDP-Fraktionschef Beat Schmitter. Der Grundsatzentscheid wurde ohnehin schon im letzten November gefällt. Das Parlament hatte sich damals geschlossen dafür ausgesprochen, der Stiftung das benötigte Land im Baurecht abzugeben.

Am meisten Kritik gibt es noch vonseiten der SP. Die Fraktion unterstützt die Vorlage zwar. Die Parole für die Volksabstimmung wird aber erst Ende Monat an einer Mitgliederversammlung

gefasst. «Wie das Resultat dort herauskommen wird, kann nicht vorausgesagt werden», sagt SP-Interimspräsident Beat Wegmüller. Die Fraktion hat kürzlich sogar nochmals über die Standortfrage diskutiert. «Weil mittelfristig kein anderer Standort in Betracht gezogen werden kann, hat die Fraktion schliesslich entschieden, dem Geschäft zuzustimmen», so Wegmüller weiter.

Allerdings wird die SP in der Parlamentsdebatte versuchen, die Überbauungsvorschriften zu verschärfen. Die Hallenbauer sollen etwa zwingend verpflichtet werden, auf dem Dach eine Anlage zur Nutzung der Solarenergie zu installieren. Für Daniel Buser ist dieser Passus überflüssig: «Wir werden auf jeden Fall eine Fotovoltaikanlage bauen. Dies ist schon im Baurechtsvertrag vereinbart.» Mit der Migros wird derzeit über eine Partnerschaft verhandelt.